



Mitglieder der CDU
im Wahlkreis Coesfeld/Steinfurt II
im Email-Verteiler

Berliner Büro

**Unter den Linden 71
Raum 337**

Telefon 030 227 – 79385

Fax 030 227 – 70385

E-Mail: marc.henrichmann@bundestag.de

Berlin, 8. September 2022

Das „Entlastungspaket“ der Ampel: Chance vertan!

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde,

wer erwartet hatte, dass die Ampelregierung die parlamentarische Sommerpause nutzen würde, um eine Strategie auszuarbeiten, damit Bürger und Unternehmen gut durch den Winter kommen, wird mit Blick auf das vorgestellte Entlastungspaket bitter enttäuscht. Die Bundesregierung hat den Sommer verbummelt. Angesichts der stark gestiegenen Preise für Strom und Gas und der berechtigten Existenzsorgen ist diese Untätigkeit unverantwortlich. Trödelei, Verzagtheit, Verzögerung, Dauerstreit und Unwissenheit – so lässt sich das Handeln der Regierung zutreffend beschreiben. Einen Lichtblick gibt es dann aber doch: Das Papier stellt die Einführung einer Energiepauschale für Rentner und Studenten in Aussicht. Die Union hatte dies seit langem gefordert. Denn auch diese Gruppen leiden unter den enorm gestiegenen Kosten

Zu den Maßnahmen im Einzelnen:

Strommarkt

Die Ampel hat sich darauf verständigt, dass Bürgerinnen und Bürger sowie kleine und mittelständische Unternehmen durch eine Strompreisbremse entlastet werden. Sie sollen



Marc Henrichmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld/Steinfurt II
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

eine Basisversorgung zu günstigeren Preisen nutzen können. Finanziert werden soll diese Maßnahme durch das Abschöpfen von Gewinnen von Stromproduzenten. Soweit so gut. Allerdings bezweifeln Fachleute, dass dieser Mechanismus in dieser Form umzusetzen sei. Das liegt daran, dass beispielsweise die Stadtwerke über keine Daten über den Basisbedarf oder die Größe der Haushalte verfügen. Wie der Strombasisbedarf berechnet werden soll, bleibt da schleierhaft. Zudem wird bezweifelt, ob mit der Gewinnabschöpfung – wie angekündigt – zwölf Milliarden Euro beschafft werden können.

Gasmarkt

Das drängendste Problem ist die Koalition gar nicht angegangen. Unternehmen und Haushalte sind durch die astronomisch hohen Gaspreise in nie dagewesener Art belastet. Der Ampel täte gut daran, unseren Vorschlag zur Einführung eines Basisstarifs beim Gas anzunehmen. Dieser würde regeln, dass eine bestimmte Gasmenge zu einem vergünstigten Preis bezogen werden kann. Stattdessen hat die Ampel beschlossen, eine Expertenkommission einzusetzen. Ich hoffe sehr, dass die Experten dem Vorschlag der Union folgen werden und die Einführung eines „Basisbürgertarifs Gas“ vorschlagen.

Keine Entscheidung hat die Ampel zum Stopp der Gasumlage und zur Reduzierung der Gaspreise geliefert. Deshalb haben wir als Union im Deutschen Bundestag die unverzügliche Aufhebung der Gaspreisanpassungsverordnung gefordert. Diese ist ohne Zustimmung des Bundestages in Kraft getreten. Allerdings kann der Bundestag gemäß Energiesicherungsgesetz die Aufhebung der Verordnung verlangen, die den Gaspreis für den Verbraucher verteuert. Als Union tun wir dies mit unserem Antrag. Die Gasumlage ist handwerklich schlecht gemacht. Sie ist ungerecht und begünstigt profitable Unternehmen. Zudem befeuert sie den Gaspreis.

Kernenergie

Bei der Frage des Streckbetriebs der Kernkraftwerke knickt Wirtschaftsminister Habeck vor seiner eigenen Partei ein und riskiert so einen Stromblackout im Winter. Nach dem Willen der Grünen sollen die drei am Netz befindlichen Atomkraftwerke zum Ende des Jahres abgeschaltet werden, zwei allerdings in der Reserve verbleiben. Das ist – mit Verlaub – die dämlichste aller möglichen Lösungen. Der Bund übernimmt die Kosten für den potenziellen Weiterbetrieb der Kraftwerke, nutzt aber nicht den zuverlässigen und günstigen Strom. Wie wollen wir eigentlich dem Ausland erklären, das wir in ganz Europa zusätzlich teures Gas verstromen müssen, auch weil wir nicht unsere Kernkraftwerke betreiben wollen. Gleichzeitig sehen wir aber kein Problem darin, Atomstrom aus dem Ausland zu importieren. Scheinheiliger geht es kaum. Grüne Ideologien stehen offensichtlich über dem Interesse dieses Landes. Grüne Befindlichkeiten gefährden den



Marc Henrichmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld/Steinfurt II
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Wirtschaftsstandort Deutschland. Ich erwarte vom Wirtschaftsminister, dass er seiner Verantwortung gerecht wird und seine Partei zur Raison ruft.

Wir brauchen ein neues Strommarktdesign. Die Union hat gute Vorschläge gemacht. Wir sollten Gas aus der Strompreisbildung herausnehmen, dies würde eine deutliche Entlastung bringen. Deutschland braucht einen starken und klaren Plan. Wir müssen alle Möglichkeiten der Energieerzeugung nutzen. Neben Wind, Sonne, Wasser, Windkraft und Biomasse zählt auch die Kernenergie für eine Übergangszeit dazu. Diese zentralen Fragen der Kapazitätsausweisung bei der Stromproduktion bleiben von der Ampel unbeantwortet. Es ist fahrlässig, die Angebotsseite des Strommarktes völlig außer Acht zu lassen. Ohne eine Steigerung des Energieangebots werden die Preise hoch bleiben. Das weiß jeder Kaufmann; leider scheint dem Wirtschaftsminister diese Gewissheit nicht bekannt zu sein.

Kalte Progression

Im Grundsatz begrüße ich den Abbau der sogenannten kalten Progression, das heißt der Anpassung der Tarifwerte im Einkommenssteuertarif, um Steuererhöhungen durch inflationsbedingte Lohnsteigerungen zu vermeiden. Dass die Ampel diese Entlastung für den Mittelstand allerdings erst zum kommenden Jahr hin beschließen möchte, ist ein eklatanter Fehler. Bis dahin wird der Staat mehrere Milliarden Einkommenssteuer zusätzlich einnehmen. Von einer Entlastung im klassischen Sinn kann also nicht die Rede sein. Der Staat gibt zurück, was er sich zuvor nimmt.

Unternehmen / Mittelschicht / soziale Ungleichheit

Die Mittelschicht, die kleinen und mittleren Unternehmer sind die eindeutigen Verlierer des Wochenendes. Sie profitieren von den Entlastungen am wenigsten. Das verwundert nicht. Hilfen nach dem Gießkannenprinzip sind wenig zielgerichtet und sozial ungerecht. Sinnvoller wäre es gewesen, Hilfsbedürftige gezielt zu unterstützen. Ich kann nicht nachvollziehen, warum der Staat dem Multimillionär hilft, seine Stromrechnung zu bezahlen. Nach ersten Berechnungen profitiert ein Single mit einem hohen Gehalt von 156.000 Euro im Jahr mit 646 Euro, ein Alleinlebender mit 28.800 wird nur um 267 Euro entlastet. Dies verstehe wer will.

Offensichtlich kümmert sich die Ampel nicht um die Anliegen der kleinen und mittelständischen Unternehmen. [Ich habe in den letzten Wochen viele Zuschriften von Bäckereien und anderen Unternehmen aus allen Bereichen erhalten.](#) Die Kostensteigerungen bei Strom und Gas bedrohen die Existenz dieser Unternehmen.

Wann erfüllt eigentlich der Bundeskanzler sein im Wahlkampf gegebenes Versprechen nach einem Industriestrompreis von vier Cent pro kWh? Davon hört man seit Langem



Marc Henrichmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld/Steinfurt II
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

nichts mehr. Wie, ob und wann die Unternehmen von der angekündigten Strompreisbremse profitieren werden, bleibt ebenfalls unklar.

Fazit: Chance vertan!

Das auf den letzten Drücker, nach 19-stündigen Verhandlungen vorgelegte Papier bleibt an den entscheidenden Stellen vage und unkonkret bleibt und gibt somit keine Antwort auf die dringenden Fragen vieler Bürger und Unternehmen. [Eine Einschätzung zu dem Paket gibt auch unsere wirtschaftspolitische Sprecherin Julia Klöckner, die ich in dieser Woche gesprochen habe.](#)

Das Dokument ist eher ein Aufgabenheft für die Bundesregierung als ein wirksames Entlastungsprogramm für Bürger und Wirtschaft. Chance vertan, lautet daher mein Urteil.

Viele Grüße aus Berlin

Für Rückfragen stehe ich unter marc.henrichmann@bundestag.de zur Verfügung. Mehr über meine Arbeit finden Sie auf meiner [Homepage](#), bei [Facebook](#), [Instagram](#) und [Twitter](#).